

Eine Partei emanzipiert sich

Die Baselbieter EVP will nicht nur die Juniorpartei der CVP sein, sondern Akzente setzen

Von Alessandra Paone

Liestal. Urs von Bidder ärgert sich über die Berichterstattung in den Medien. Darüber, dass die Chancen des EVP-Regierungskandidaten Thomi Jourdan, der am 9. Juni gegen Anton Lauber von der CVP antritt, von gering bis hin zu nicht existierend eingeschätzt werden. «Die EVP wird nicht ernst genommen», beschwert sich der Präsident der EVP Baselland.

Doch die Einschätzungen der Medien kommen nicht von ungefähr. Die im Jahr 1922 in Liestal gegründete Kantonalpartei trat bisher kaum in Erscheinung. Weder durch Inhalte noch durch Politiker. Mit einem Wähleranteil von 4,7 Prozent ist die EVP im schweizerischen Vergleich im Baselbiet zwar am zweitstärksten vertreten – nur in Bern ist sie mit 5,9 Prozent stärker –, gehört aber dennoch zu den kleinen Randparteien mit wenig Einfluss.

Im Landrat belegt die EVP vier Sitze und bildet gemeinsam mit den neun CVP-Mitgliedern eine Fraktion. Bis 1999 hatte sie mit der SVP eine Fraktion gebildet. Die inhaltlichen Unterschiede zur SVP seien aber zu gross geworden, weshalb man sich für eine Trennung entschieden habe, sagt von Bidder. «Uns war nicht mehr wohl.» Mit der CVP fühlt sich die EVP viel wohler. So sehr, dass sie in über 90 Prozent der Fälle gleich abstimmt wie ihre Fraktionspartnerin. Das zeigt eine Auswertung des Politologen Christian Bolliger, welche die BaZ Anfang letzten Jahres in Auftrag gegeben hat. So erstaunt es nicht, dass die EVP vor allem als Juniorpartnerin der CVP wahrgenommen wird.

Gesellschaftspolitisch geöffnet

Thematisch unterscheiden sich CVP und EVP kaum. Familien- und Umweltpolitik sind beiden wichtig. Beide vertreten christliche Werte, wobei die Christlichdemokraten deutlich weniger am «C» in ihrem Namen hängen als die Evangelischen am «E». Das Bekenntnis zum Christentum spielt bei der EVP eine deutlich grössere Rolle als bei der CVP. Zwar schreiben sich beide Parteien Ehrlichkeit, Verantwortung, Nächstenliebe, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität und Frieden gross auf die Fahne. Und doch setzt die EVP nun mit ihrer Gegenkandidatur voll auf Konfrontationskurs zur Schwesterpartei.



Auf zu neuen Ufern. EVP-Präsident Urs von Bidder (rechts) ist begeistert von Thomi Jourdans Kandidatur. Foto Kostas Maros

Plötzlich werden auch Unterschiede hervorgehoben. Während die EVP ihre Politik voll und ganz nach diesen christlichen Grundwerten gestaltet, sind sie bei der CVP oft Mittel zum Zweck. Anders gesagt: Die einen gehen evangelisch dogmatisch vor, die anderen katholisch pragmatisch.

Gesellschaftspolitisch hat sich die EVP Baselland genauso wie ihre Mutterpartei in den letzten Jahren geöffnet. Grundsätzlich setzen sich die EVP-Mitglieder für das Recht auf Leben ein, lehnen also Abtreibung und Sterbehilfe ab. Es gebe aber auch eine Anzahl von Mitgliedern, die eine liberale Haltung vertreten und je nach Fall Ausnahmen akzeptieren, sagt von Bidder. Dasselbe gelte auch bei der Adoption von gleichgeschlechtlichen Partnern. Die Öffnung

seiner Partei führt der EVP-Präsident darauf zurück, dass die Themen in der Gesellschaft offener diskutiert werden als früher. «Es sind keine Tabuthemen mehr, und wir wollen an der Diskussion teilnehmen.»

Überhaupt will die Baselbieter EVP in Zukunft vermehrt teilnehmen, mitgestalten, entscheiden. Nicht nur mitziehen. Allerdings hat sie diese Erkenntnis erst vor Kurzem gewonnen. Den ersten Schritt machte sie, als sie an ihrer Mitgliederversammlung Ende Januar entschied, den SP-Regierungskandidaten Eric Nussbaumer zu unterstützen. Im Gegensatz zur CVP, die sich den Bürgerlichen anschloss und Thomas Weber von der SVP portierte. Dieser Entscheid fiel der schüchternen Partei nicht leicht, die sich bei Wahlen in der Regel neutral

verhält und Stimmfreigabe beschliesst. Parteipräsident von Bidder sprach denn auch von einem «historischen Moment».

Diesen neuen Mut hat die EVP nicht zuletzt Thomi Jourdan zu verdanken, der zusammen mit der jungen Landrätin Sara Fritz die Parteikollegen aufgefordert hatte, vermehrt Positionen zu beziehen und Akzente zu setzen. Jourdan soll nun auch derjenige sein, der der schüchternen Partei mit seiner Wahl zu einem Sitz in der Baselbieter Regierung verhilft.

Der Gedanke daran begeistert von Bidder. Und er glaubt an eine Wahl Jourdans. Wirklich. Selbst wenn die Idee der EVP-Kandidatur nicht von ihm stammt. Es waren Exponenten von SP, Grünen und GLP, die Jourdan angefragt haben. Von Bidder: «Ihr werdet sehen. Wir werden euch überraschen.»

BastA! wehrt sich für Besetzer

Der Kampf für Freiräume sei nötig

Allschwil. Die Besetzung des Schiessstands Allschwilerweiher sei zwar illegal – aber legitim, schreibt die Basler Partei BastA!. Immerhin stehe die Anlage seit 2009 leer. Nun tue sich dort endlich wieder etwas. «Es sind ja zum Glück nicht die Schützen, die den Ort zurückerobert haben.» Sonst wäre gleich eine Bewegung gegen Schiesslärm ins Leben zu rufen.

Bis ein realisierbares Projekt zur Nutzung vorliege, erwartet BastA!, dass die Besetzung geduldet wird. Und vielleicht zeige sich ja noch, dass die jetzige Nutzung besser sei als alles, was Immobilien Basel als Besitzerin bisher geplant hat. Diese hatte eine Zwischennutzung abgelehnt. Sie will den Allschwilerweiher im Mai abreißen und eine Wohnüberbauung sowie einen Park erstellen.

Natürlich sei die Besetzung illegal, ist sich auch BastA! bewusst: «Na und? Die Besetzung der Tramgleise war auch illegal.» Diese habe aber wesentlich dazu beigetragen, dass die Region heute über ein U-Abo verfüge. dab

Nachrichten

Sven Inäbni rückt für Bea Fünfschilling nach

Binningen. Der Präsident der Binninger FDP-Sektion Sven Inäbni (49) rückt für die zurücktretende Bea Fünfschilling in den Landrat nach. Er übernimmt das Amt am 1. Juli. Sven Inäbni ist Einwohnerrat von Binningen und Friedensrichter, verheiratet und Vater zweier Kinder. Inäbni ist Mitglied der Geschäftsleitung von Roche Pharma Schweiz AG. Erstmals rückende auf der FDP-Liste wäre Judith van der Merwe aus Bottmingen gewesen, die von 1999 bis 2011 im Kantonsparlament sass. Judith van der Merwe hat aber verzichtet, wie die FDP-Fraktion mitteilt.

Stephan Heid in stiller Wahl im Gemeinderat

Ramlinsburg. Stephan Heid tritt im kommenden Juli die Nachfolge des zurücktretenden Ramlinsburger Gemeinderats Ewald Locher an. Der 38-Jährige wurde in stiller Wahl gewählt, nachdem bis zum Stichtag nur seine Kandidatur eingegangen war. Heid arbeitet als Software-Entwickler und Datenbank-Administrator, ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Ewald Locher gehörte dem Gemeinderat seit 2002 an. Er betreute zuletzt die Ressorts Wasser, Abwasser, öffentliche Sicherheit und EDV.

Velofahrerin bei Kollision mit Auto verletzt

MuttENZ. Ein 62-jähriger Personewagenlenker fuhr gestern um 6.30 Uhr von der Prattelerstrasse her in den Lux-Gyer-Kreisel ein und übersah dabei eine 71-jährige Velofahrerin, die sich bereits im Kreisverkehr befand. Die Velofahrerin stürzte in der Folge zu Boden und verletzte sich am Rücken. Sie musste von der Sanität Basel ins Spital verbracht werden.

Spielplatz Margelacker im Kostenrahmen

MuttENZ. Die Erneuerung des Spielplatzes beim Schulhaus Margelacker ist im September abgeschlossen worden, und zwar innerhalb des bewilligten Kostenrahmens von 130 000 Franken, teilt der Gemeinderat von MuttENZ mit. Eine genaue Kostenschätzung im Vorfeld habe eine sehr präzise Einhaltung des Kredits ermöglicht – er wurde um 1400 Franken unterschritten.

Glückwunsch

Diamantene Hochzeit

Therwil. Herzlich gratulieren möchten wir heute dem Ehepaar **Trudy** und **René von Schallen-Alispach**, wohnhaft an der Erlenstrasse 28, zu seinem 60. Hochzeitstag. Für die gemeinsame Zukunft wünschen wir beiden alles Gute. gratulationen@baz.ch

«Diese Sanierung ist keine Sanierung»

Geologe Walter Wildi bemängelt die Baselbieter Pläne für die Deponie Feldreben

Von Tobias Gfeller

Basel/MuttENZ. Die Allianz Deponien MuttENZ warnt vor einer stärkeren Belastung des Trinkwassers in der MuttENZer Hard durch die Deponie Feldreben. Auch würden die Chemiefirmen Grenzwerte verheimlichen, die in MuttENZ klar überschritten würden.

230 000 Personen beziehen Trinkwasser von den Aufbereitungsanlagen in der MuttENZer Hard. Dieses sei durch die Deponie Feldreben in MuttENZ noch stärker gefährdet als bisher gedacht, erklärte gestern die Allianz Deponien MuttENZ (ADM) im Klybeckquartier in Basel. Walter Wildi, Geologe an der Universität Genf und ADM-Experte, präsentierte die «besorgniserregenden Befunde», wonach direkte unterirdische Verbindungen zwischen Deponie und Trinkwasseraufbereitung bestünden. Der Fels, 70 Meter unter der Erdoberfläche, sei derart verkarstet, dass Verbindungen entstanden seien. «Substanzen aus der Deponie haben sich in flüssiger Form infiltriert und gefährden so das Trinkwasser in der Hard.»

Gute Chancen vor Gericht

Geologe Wildi bemängelt die Sanierungspläne des Kantons Baselland und der Industrie als unzulässig. «Sie wollen das Wasser nur oberflächlich behandeln. Sie wollen weder das Reservoir der Schadstoffe aus der Deponie noch die Schadstoffe aus dem tiefen Fels herausholen. Diese Sanierung ist keine Sanierung.» Die bestehenden Karstverbindungen zwischen den Zonen Deponie

und Hard könnten die Erklärung für die immer wieder nachgewiesenen Schadstoffe in den Trinkwasserbrunnen sein. Neben dem von den betroffenen Firmen Syngenta, Novartis und Ciba (heute BASF) zur Abtragung geplanten Oberflächenreservoir müsse deshalb auch das tieferliegende Felsreservoir saniert werden. «Dies wäre um einiges teurer und zeitaufwendiger. Man müsste die Ursprungsquelle, von wo die Schadstoffe herkommen, als Erstes komplett ausheben», fordert Wildi. Der Geologe sieht bei einem allfälligen Prozess gute Aussichten für die Bestrebungen der ADM. «Die geplante Sanierung ist mit der gültigen Altlastenverordnung im

Gesetz nicht vereinbar. Ich empfehle der Industrie, ihre Meinung zu ändern, so würden sie wenigstens noch die Gerichtskosten sparen.» Von Greenpeace Schweiz kam dann auch die Drohung, bei einem Nichteinlenken des Kantons und der chemischen Industrie vor Gericht zu ziehen. Matthias Wüthrich von Greenpeace: «Wir wollen nicht unbedingt vor Gericht. Wenn man uns aber nicht Gehör verschafft, müssen wir das halt trotzdem tun.»

Entschädigungen für Arbeiter

Der Basler Altlastenexperte Martin Forter warnte zudem vor verheimlichten Schadstoffen, die stark krebserre-

gend seien: «Für etliche dieser Risiko-Substanzen haben BASF und Syngenta in der Walliser Deponie Monthey Grenzwerte gemäss Altlastenverordnung herleiten lassen. Ihr Wissen aus Monthey aber hielten sie in MuttENZ zurück.»

Eine von der ADM gestern veröffentlichte Grenzwertliste zeigt, dass diese Werte in MuttENZ teilweise überschritten werden. «Für diese Substanzen zahlt Syngenta wegen Blasenkrebs Entschädigungen an Arbeiter», warnte Forter weiter. Konkret geht es um die Substanz 5-CAT, mit der Ciba in den 1950er-Jahren zahlreiche Pigmente und später das inzwischen verbotene Insektizid Galecron produzierte.

Erkenntnisse einfließen lassen

An der gestrigen Medienkonferenz verlangte auch Mirjam Ballmer, Co-Präsidentin der Grünen Basel-Stadt, eine «wirkliche Aufräumung in MuttENZ». Auch für die Basler Einwohner sei die Sanierung der Deponie Feldreben von grosser Bedeutung. ADM-Co-Präsident Hanspeter Meier fordert aus den neuen Erkenntnissen eine Anpassung der Sanierungsvorgaben: «Sie sollen sich – wie es die Altlastenverordnung vorschreibt – an der tatsächlichen Belastung des Grundwassers bei der Feldrebengrube orientieren und auch die extremen Risikosubstanzen einschliessen.» Die Trinkwasserbrunnen in der MuttENZer Hard sollen als «Grundwasserfassungen öffentlichen Interesses» in die Sanierungsüberlegungen einbezogen werden.



Ein Problemfall seit Jahrzehnten. Die Deponie Feldreben (Bild aus dem Jahr 1955) könnte die Umwelt heute noch belasten.